

kern und eine skizzenhafte Fortsetzung seiner bis 1948 reichenden PCI-Geschichte. Die holzschnittartige Zuspitzung seiner mündlich formulierten Thesen und der zeitlich weiter gespannte Rahmen machen das Interview zu einer höchst nützlichen Einführung in das Gesamtwerk Sprianos.

Jens Petersen

Susanne Miller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 — 1920* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 63), Droste Verlag, Düsseldorf 1978, 532 S., kart., 84 DM.

In treffsicherer Prägnanz komprimiert bereits der Titel die zentralen Thesen und Argumentationslinien der neuesten Untersuchung Susanne Millers, die als Fortsetzung ihrer vor einigen Jahren erschienenen Studie über die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg gedacht ist. Die knappe zeitliche Begrenzung ergibt sich aus der Fragestellung der Autorin, die der Politik der SPD in der Regierungsverantwortung vom Eintritt in das letzte kaiserliche Kabinett Max von Badens bis zum Verzicht auf die Regierungsbeteiligung nach der Niederlage in den Reichstagswahlen vom Juni 1920 nachzugehen sucht. Die akribische Auswertung der umfangreichen Quellen und die breitgefächerte Analyse fast aller Problemfelder der Regierungspolitik nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs zielen nicht so sehr auf originelle neue Interpretationen, sondern es soll vor allem eine vorläufige Zusammenfassung der bisherigen, gerade in den letzten Jahren gewaltig expandierten Spezialforschung zur Novemberrevolution geboten werden. Obwohl die Autorin mit ihrem politischen Engagement und teilweise eigener Betroffenheit nicht zurückhält, bleibt ihre Darstellung offen für Kontroversen, die ausführlich vorgestellt werden, und gipfelt sogar in der Übereinstimmung mit den Verdikten der neueren Geschichtsschreibung über die SPD-Politik nach 1918, die »fast ausnahmslos hart« ausfallen. Beiläufig sei angemerkt, daß in der Diskussion der vorhandenen Literatur immer wieder auf Arthur Rosenberg verwiesen wird, dessen nunmehr fünfzig Jahre alten Arbeiten in Susanne Millers Zusammenschau einmal mehr ihre analytische Qualität und Treffsicherheit bestätigen.

Regieren war für die SPD, so die Autorin, nicht die Erfüllung lang ersehnter Ziele, sondern die »bittere Notwendigkeit«, auf die nationale Katastrophe zu reagieren. Diese passive Disposition und praktische Unfähigkeit seien Ergebnis der »traditionalistischen Lähmung« (E. Matthias) der Vorkriegssozialdemokratie gewesen, die einerseits in der Illusion gelebt hatte, daß die sozialistische Zukunft »unvermeidlich« kommen werde, und die andererseits unter der verschwommenen Formel des »Volksstaates« vor allem auf Wahlrechtsreform, parlamentarische Demokratie und Sozialpolitik hinarbeitete. Nur auf diesen Gebieten entwickelte die Parteiführung nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs auch einige Aktivitäten. Ihre Ziele waren Teilhabe und allmähliche Reform, nicht aber Alleinherrschaft oder gar die soziale Revolution. Als Regierungspartei hat die SPD, wie Reichswirtschaftsminister Wissell auf dem ersten Parteitag nach dem Kriege im Juni 1919 konstatierte, nichts weiter getan, als das Programm des Prinzen Max von Baden fortzuschreiben. In panischer Angst vor »russischen Zuständen« suchten Parteispitzen und Regierung gemäß einer stehenden Wendung Eberts lediglich »die Dinge zu halten«. Der Umsturz im November 1918 verlief dann auch unblutig, erst die Enttäuschung über die ausbleibenden Eingriffe in die überkommenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen, der Verzicht auf eine Demokratisierung des alten Verwaltungs- und des Militärapparates führten zur Radikalisierung der Massen, die im Januaraufstand 1919, der »Marneschlacht der Revolution« (Rudolf Hilferding), zum erstenmal eruptiv hervorbrach und sich nun gegen die neuen Machthaber richtete.

Die USPD konnte zwar kurzfristig das Protestpotential der Basis auffangen. Trotz ihres lautstarken Bekenntnisses zur Revolution fehlten ihr aber, wie der SPD, klare politische Ziel-

setzungen, die in der Realität umsetzbar waren. Unisono war daher auch das Lamento auf den ersten Parteitag der beiden Parteien über die Versäumnisse in der Vergangenheit; an alles habe man gedacht, nur nicht die Massen darüber aufzuklären: »Was tun wir, wenn wir zur Macht gelangen?«

Die gegenseitigen Angriffe der beiden sozialdemokratischen Parteien waren so im wesentlichen das Eingeständnis der eigenen Konzeptionslosigkeit. Die tatsächlichen Spannungen bestanden zwischen den unerfüllten Erwartungen der Basis und den politischen Strategien der Führungskader. Sie wurden immer größer und unlösbarer: Bereits 1920 zerbrach daran die USPD, und die MSPD flüchtete auf Reichsebene in die Opposition. Schon Ende 1919 hatte sich in der Mehrheitssozialdemokratie tiefe Enttäuschung über die »Entwicklung« breitgemacht; der Parteivorsitzende Otto Wels erklärte bereits im Dezember, ein Jahr nach der Revolution, »daß es der Übel größtes nicht wäre, wenn wir unter diesen Umständen aus der Regierung austreten würden«. Erleichtertes Aufatmen, so S. Miller, ging daher durch die Reihen der Partei, als sie im Sommer 1920 die Bürde der Regierung abschütteln konnte. Obwohl sich die SPD selbst als »Staatspartei« der Republik begriff, begrüßte sie jetzt die Rückkehr zu den »Annehmlichkeiten der Opposition« als Befreiung von der unerträglich empfundenen Last der Verantwortung.

In ihrem zusammenfassenden Urteil geht Susanne Miller vehement mit der SPD ins Gericht: Auch unter Berücksichtigung der komplexen Probleme bei der Liquidation des Krieges und den Schwierigkeiten der Sozialdemokratie, so unvorbereitet in die Praxis gedrängt worden zu sein, habe sie die verschiedenen Möglichkeiten einer Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft nicht hinreichend genutzt: »Das war nicht eine unvermeidliche Entwicklung«. Nicht ganz eindeutig sind allerdings die von ihr diskutierten alternativen Möglichkeiten, die sie im entschlossenen »Durchbruch zu einer Volkspartei« sieht. Sicher ist, daß die Partei seit der Burgfriedenspolitik und der Mitarbeit im Interfraktionellen Ausschuß den reformistischen Weg beschritten hatte. Ebenso sicher ist, daß der SPD die mitreißende Dynamik, etwas »geistig Wegweisendes«, fehlte, wie der von der Autorin zitierte Arnold Brecht im späteren Rückblick kritisierte; man »vermißte Gedanken, die über das hausbackene Lob der Demokratie hinausgingen«. Einerseits hält die Autorin die institutionalisierte Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien seit Sommer 1917 für verfehlt, weil sie zu keinem für die Partei positiven Ergebnis führte, andererseits beklagt sie deren »Abschottung gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen«. Fraglich ist, ob ihre These, wenn schon Reformismus, dann auch konsequentere Öffnung nach rechts, der zeitgenössischen Realität entsprach und keine Ex-post-Projektion aus heutiger Sicht durch die »Godesberger Brille« darstellt. Jene Isolierung war doch zum großen Teil Reaktion auf die auch nach 1918 noch fortwirkende Repressionspolitik des Wilhelminischen Obrigkeitsstaates. Daß es der Partei, so die Forderung der Autorin, nach 1918 nicht gelang, andere, d. h. bürgerliche Gruppen zu gewinnen, war daher nicht allein Sache der Sozialdemokratie. Mit ihrer Studie zeigt die Autorin ja selbst, daß die »staatsbejahenden«, bürgerlichen Vorgaben der SPD nach dem Oktober 1918 lediglich die Basis radikalisierten und mit zur Vertiefung der Gräben in der Arbeiterbewegung beitrugen, ohne daß sie einen Widerhall im Bürgertum fanden. Claus-Dieter Krohn

Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (= Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 8), Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt 1977, 271 S., kart., 28 DM.

Die Untersuchung der Enkelin Kurt Eisners, dessen Denken sich die Verfasserin verpflichtet fühlt, behandelt ein Thema, das für die kommunistische und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung der Weimarer Republik von zentraler Bedeutung war. Der Streit über die Ge-